



GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Fast jedes fünfte Kind fühlt sich nicht sicher auf dem Schulweg – Problem auch in Bayern

Berlin, 05.09.2024. **Das Deutsche Kinderhilfswerk, der ökologische Verkehrsclub VCD und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) zeigen sich schockiert über die Ergebnisse einer Befragung von Kindern zum Thema Schulwegsicherheit: Bundesweit fühlen sich fast ein Fünftel, nämlich 18 Prozent, auf dem Schulweg unsicher. In Orten mit über 100.000 Einwohnenden steigt diese Zahl auf ein Viertel der Kinder (24 Prozent). In Bayern sagten 12 Prozent der Kinder und Jugendlichen, dass sie sich auf dem Weg zur Schule nicht sicher fühlen. Zum Schulstart in der nächsten Woche rufen die Verbände die Politik deshalb dazu auf, Schulwege endlich sicherer zu gestalten. Außerdem sollten Kinder in ihrer selbstständigen Mobilität unterstützt werden.**

Auf die Frage, wie sicher sie sich auf dem Weg zur Schule im Straßenverkehr fühlen, antwortet bundesweit zwar knapp die Mehrheit der Kinder, dass sie sich sicher fühlen (56 Prozent), ein Viertel der Befragten (25 Prozent) sogar sehr sicher. Allerdings sagte fast jedes fünfte Kind, dass es sich weniger sicher (15 Prozent) oder gar nicht sicher (3 Prozent) fühlt. In Orten mit über 100.000 Einwohnenden steigt diese Zahl auf ein Viertel der Kinder (24 Prozent). Zu viel, finden die drei Kooperationspartner. Sie fordern die Politik zum Handeln auf. Schon im letzten Jahr zeigte eine durch das Kooperationsbündnis beauftragte, [repräsentative forsa-Umfrage](#), dass ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland die Verkehrssicherheit der Kinder als (eher) unsicher einschätzte – was sich durch die Selbstwahrnehmung der Kinder bestätigt.

Die aktuelle Umfrage, für die vom Sozial- und Politikforschungsinstitut Verian deutschlandweit 3.218 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren online unter Nutzung eines Access-Panels befragt wurden, ist Teil des 2. „Kinderrechte-Index“ des Deutschen Kinderhilfswerkes. Den Index wird das Deutsche Kinderhilfswerk im nächsten Jahr veröffentlichen, die Umfrage geht als ein Teilaspekt in diese Studie ein. Beim Kinderrechte-Index wird der Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in verschiedenen Lebensbereichen von Kindern und den damit verbundenen Politikfeldern in den deutschen Bundesländern gemessen und evaluiert.

Neben der Verbesserung der Infrastruktur, der einheitlichen Reduzierung des Tempos auf schulwegrelevante Straßen und vermehrten Kontrollen kann die Sicherheit von Kindern auch durch Maßnahmen gesteigert werden, die ihnen Zutrauen in ihre Fähigkeiten gibt. So sollte ihnen der eigenständige Schulweg ermöglicht werden, indem sie anfangs durch Erwachsene begleitet den Weg bestreiten und später in Laufgemeinschaften. Wo immer möglich, sollten sich Kinder zu Fuß oder mit dem Roller oder Fahrrad fortbewegen.

„Das Elterntaxi öfter stehen lassen“, so lautet der Wunsch der Kooperationspartner. Und wenn das nicht geht, können sich Schule und Eltern beispielsweise gemeinsam für die Einrichtung von [Schulstraßen](#) starkmachen. Dafür werden eine oder mehrere Straßen im Umfeld einer Schule (oder Kita) für den motorisierten Verkehr gesperrt – und bleiben somit zugleich für alle anderen frei. Die Sperrung wird typischerweise zeitlich für eine halbe Stunde bis Stunde auf den Schulbeginn oder das Schulende begrenzt (temporäre Schulstraße). Wer mit dem Auto

zur Schule gebracht wird, parkt dann in einiger Entfernung, sodass die Kinder, welche laufen, rollern oder Rad fahren, sicher bis zum Schultor kommen. Dass es dort viele gefährliche Situationen gibt, zeigte die [repräsentative forsa-Umfrage von 2022](#), die ebenfalls vom Bündnis aus DKHW, VCD und VBE in Auftrag gegeben wurde. Fast ein Drittel der Lehrkräfte an Grundschulen erlebte demnach mindestens wöchentlich eine gefährliche Situation vor der eigenen Schule, die durch Eltern, die ihr Kind mit dem Auto zur Schule bringen, entstand.

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW), der ökologische Verkehrsclub VCD und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) rufen Schulen und Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland zur Teilnahme an den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ vom 16. bis 27. September 2024 auf. Anmeldungen sind unter <https://www.zu-fuss-zur-schule.de/> möglich. Auf der Webseite können auch Aktions- und Spielideen eingesehen, konkrete Tipps heruntergeladen sowie Materialien bestellt werden. Die Aktionstage stehen unter der Schirmherrschaft der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Christine Streichert-Clivot. Botschafterin der Aktionstage ist die Fernsehmoderatorin Enie van de Meiklokjes.

Pressekontakt:

Anne Roewer, Leiterin Kommunikation VBE • Telefon 0160/92122308 • presse@vbe.de • www.vbe.de
Uwe Kamp, DKHW-Pressesprecher • Telefon 030/308693-11 • presse@dkhw.de • www.dkhw.de
Jan Langehein, VCD-Pressesprecher • Telefon 030/280351-12 • presse@vcd.org • www.vcd.org

Der ökologische Verkehrsclub VCD ist ein gemeinnütziger Umweltverband, der sich für eine umweltverträgliche, sichere und gesunde Mobilität einsetzt. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Wünschen für ein mobiles Leben. Seit 1986 kämpft der VCD für ein gerechtes und zukunftsfähiges Miteinander zwischen allen Menschen auf der Straße – egal, ob sie zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus und Bahn oder dem Auto unterwegs sind. Dafür arbeitet er vor Ort mit zwölf Landesverbänden und rund 140 Kreisverbänden und Ortsgruppen, bundesweit und europaweit vernetzt. Rund 55.000 Mitglieder, Spender und Aktivistinnen unterstützen die Arbeit des VCD für eine zukunftsfähige Mobilität.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, dafür stehen seine Spendendosen an ca. 40.000 Standorten in Deutschland. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, ihren Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie der Überwindung von Kinderarmut und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder in Deutschland.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) vertritt als parteipolitisch unabhängige Bildungsgewerkschaft die Interessen von ca. 164.000 Pädagoginnen und Pädagogen – aus dem frühkindlichen Bereich, der Primarstufe, den Sekundarstufen I und II und dem Bereich der Lehrkräftebildung – in allen Bundesländern. Der VBE ist eine der beiden großen Bildungsgewerkschaften in Deutschland und mitgliederstärkste Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Unter dem Dach des dbb vertritt der VBE gleichermaßen die Interessen der verbeamteten und tariflich beschäftigten Mitglieder.